

Inhalt dieser Ausgabe:

Europa am Scheideweg
– aber welches Europa
wollen wir?

1

Die Motive bei der
Euroeinführung

2

Die bisherigen Strategie-
n der Eurorettung
als politisches Problem
der EU

3

Welche Lösung jetzt?
Zwischen Status quo
ante und Vereinigten
Staaten von Europa

6

Impressum

1

Impressum

Herausgeber:
BürgerKonvent e.V.
Albrechtstraße 14b
10117 Berlin

Verantwortlich i. S. d. P.
Hans-Günter Lind

Redaktion:
Hans-Günter Lind
Gunter Heinicke

Kontakt:
Tel.: 030/880 33 240
berlin@buergerkonvent.de

Auflage:
10.000 Exemplare

Der BürgerBrief

Ausgabe 71

September 2011

Europa am Scheideweg – aber welches Europa wollen wir?

In diesen Wochen spitzt sich die Frage über Europas Zukunft zu. Die politischen Ereignisse und Entscheidungsrunden überschlagen sich so sehr, dass es beim Verfassen dieser BürgerBrief-Ausgabe schwer fiel mit diesen Entwicklungen Schritt zu halten. Was 2007/8 vordergründig als eine reine Finanz- und Wirtschaftskrise begann, hat sich spätestens seit dem vergangenen Jahr nicht nur in den USA, sondern auch für die EU zu einer politischen Krise entwickelt. Die Diskussion über die Lösungswege der Finanz- und Währungskrise beinhaltet im Kern nichts weniger als eine Auseinandersetzung über die Zukunft der Europäischen Währungs- und selbst der politischen Union, deren Ausgang starke Konsequenzen für die Lebenswirklichkeit aller Bürger der EU haben wird.

Im Falle Europas hat sich die gemeinsame Währung des Euro als Treibriemen dieses Krisentransfers von der Finanzwirtschaft in die Politik erwiesen. Diese Wirkung der Gemeinschaftswährung kann im Grunde nicht verwundern, war doch der Euro von Anfang an nicht nur als ökonomisches, sondern zugleich politisches Instrumentarium gedacht. Seine ambivalente Rolle spiegelt sich deshalb konsequent in der gegenwärtigen Doppelkrise. Genau aus diesem Grund ist die Architektur des Euro-Projektes schon in der Vorbereitungsphase von vielen Ökonomen kritisiert worden: durch dessen Konstruktion würden wirtschaftliche Probleme einzelner Mitgliedsländer unmittelbar zu politischen Spannungen innerhalb der Eurogemeinschaft führen müssen. Das aber gefährde das eigentlich avisierte politische Integrationsziel, so die damalige Kritik. Genau dieser Fall ist nun eingetreten. Zudem hat sich gezeigt, dass die Verschränkung von wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen die jeweiligen Einzelkrisen noch befeuern kann.

— Ankündigung —

Der BürgerKonvent

Sehr geehrte Mitglieder und Abonnenten,
am 21. September 2011 um 20:00 Uhr (Einlass 19:30 Uhr) **wird im Dorint Sofitel Schweizer Hof in Berlin eine Veranstaltung zum Thema** *ESM-Vertrag: Der Weg in die Schuldenunion? Abschaffung von Demokratie und Souveränität?* **stattfinden. Sie sind herzlich eingeladen, am Kongress zur EU-Transfer- und Schuldenunion der Zivilen Koalition e. V. teilzunehmen.**

Die Motive bei der Euroeinführung

Die schrittweise Einführung des Euro ab 1999 sollte den EU-Bürgern endlich einen greifbaren Beleg gemeinsamer Handlungsmöglichkeiten in einem europäischen Erfahrungsraum in die Hand geben. Die Währung war als emotionaler wie alltagstauglicher Botschafter einer weiteren Integration gedacht. Außerdem sollte die gemeinsame Währung die Wirtschaftsordnungen der Mitgliedsstaaten so eng miteinander verflechten, dass der weitere Ausbau der politischen Union nur als folgerichtig, ja zwingend erscheinen musste.

Während jedoch in der Vorbereitung der Euroeinführung die möglichen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Risiken durchaus diskutiert wurden, blieben diese langfristigen integrationspolitischen Motive in der Debatte weitgehend ausgespart. Insbesondere gegenüber dem skeptischen deutschen Publikum wurde die behauptete Integrationswirkung der Euro-Währung allein mit der bloßen Symbolkraft und den vereinfachten grenzüberschreitenden Konsummöglichkeiten (Einkaufen/Urlaub) begründet. Um die deutschen Sorgen vor einer Schuldengemeinschaft zu zerstreuen, wurde die Europäische Zentralbank (EZB) im Kern als eine vergrößerte Version der deutschen Bundesbank mit ihrer strikten politischen Unabhängigkeit entworfen. Die Haushalts- und Schuldenpolitik der Euro-Länder sollte hingegen in der Verantwortung der nationalen Regierungen und Parlamente verbleiben; eine Fiskalunion wurde ausdrücklich zurückgewiesen.

Ein Teil der Eurobefürworter in den Regierungen und europäischen Eliten war sich allerdings der von den Euro-Gegnern vorgebrachten ordnungspolitischen Risiken sehr wohl bewusst. Doch spekulierten die Befürworter der Gemeinschaftswährung entweder auf eine Fortsetzung des politischen Einigungsprozesses, oder sie vertrauten darauf, dass die Einhaltung einiger Regelungen zur Konsolidierung der Staatshaushalte genüge, um die für den Unterhalt einer Währungsunion notwendige Angleichung der nationalen

Wirtschaftsentwicklungen zu gewähren. Mit einem Stabilitäts- und Wachstumspakt (kurz: Euro-Stabilitätspakt) sollte diese Konvergenz der innereuropäischen Wirtschaftssysteme zusätzlich befördert werden (Vertrag von Amsterdam 1997). In diesen Stabilitätspakt flossen wesentliche Kriterien des 1992 geschlossenen Vertrages von Maastricht ein, worin sich die Euro-Länder zur Begrenzung ihrer Neuverschuldung auf höchstens 3% des Bruttoinlandsproduktes und auf eine Höchstgrenze der staatlichen Gesamtverschuldung von 60% verpflichteten. Bei dieser Höhe setzen viele Ökonomen die Grenze an, über welcher die Gesamtverschuldung das Wirtschaftswachstum dauerhaft negativ beeinflusst.

Auslöser: Die Verschuldungskrise

Doch noch vor dem Eintreten der internationalen Finanzkrise ab 2007 zeigte sich, dass die Überschuldung nicht nur für Länder wie Irland und Griechenland ein grundlegendes Problem im Euroraum darstellt. Auch Länder mit großer und effizienter Wirtschaftsleistung wie Frankreich, Italien und selbst Deutschland haben mit diesem Problem zu kämpfen. Es waren ausgerechnet die beiden traditionell führenden Staaten der EU, Deutschland und Frankreich, die 2002 bzw. 2003 die Kriterien des Euro-Stabilitätspaktes verletzten. Die eingeleiteten Sanktionsverfahren wurden nach jahrelangen Verhandlungen schließlich 2007 beendet, die bis dahin ebenfalls eingeleiteten Verfahren gegenüber Malta und Griechenland bei dieser Gelegenheit gleich mit eingestellt. Damit waren problematische Präzedenzfälle bezüglich der Durchsetzbarkeit der selbstgestellten Stabilitätsziele geschaffen. In der Eurozone steht die offizielle durchschnittliche Verschuldung inzwischen bei über 85% des Bruttonettoproduktes (gegenüber den zulässigen 60% des Euro-Stabilitätspaktes).

Vorschau

Der Themenschwerpunkt der 72. BürgerBrief-Ausgabe wird voraussichtlich sein:

„Wie viel Zukunft haben Subventionen?“

Die bisherigen Strategien der Eurorettung als politisches Problem der EU

Die eingeleiteten Versuche, den Euro unter den Bedingungen der Finanzkrise zu stabilisieren, bzw. durch eine nachholende Einrichtung einer europäischen Wirtschafts- und Finanzordnung die gemeinsame Währung zu stützen, legten zunächst einmal schonungslos die schon lange schwelenden legitimatorischen und demokratischen Defizite der bestehenden Wirtschafts- und Währungsunion offen.

Das Fehlen eines europäischen Steuersystems, eines gemeinsamen Finanzministeriums und eines geregelten innereuropäischen Finanzausgleichs zwingt allerdings die Mitgliedsstaaten zu einem improvisierenden Krisenmanagement. So wurde das erste Rettungspaket für Griechenland im Mai vergangenen Jahres in Form von bilateralen Krediten in Höhe von 110 Milliarden Euro gewährt, wovon der Internationale Währungsfond (IWF) 30 Milliarden übernahm. Da aber nur wenige Tage später auch Portugal, Spanien und Irland in Schwierigkeiten gerieten, wurde durch die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder im Mai 2010 die Kreditinstitution der EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) beschlossen, die bis 2013 an alle Euro-Staaten Kredite von bis zu 440 Milliarden Euro ausgeben darf. Beim EFSF handelt sich um eine Aktiengesellschaft nach Luxemburgischen Recht. Diese Gesellschaft bildet zusammen mit dem aus dem EU-Haushalt gespeisten „Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus“ (EFSM) von 60 Milliarden und einem Beitrag des IWF von 250 Milliarden Euro den sogenannten „Rettungsschirm“. Dieser umfasst insgesamt 750 Milliarden Euro, aus dem seit dem November 2010 und dem Mai 2011 Irland bzw. Portugal Hilfen erhalten. Das am 21. Juli 2011 beschlossene zweite Hilfspaket für Griechenland soll ebenfalls aus dieser Quelle finanziert werden.

Doch nicht nur diese improvisierten Stützungsstrukturen, auch die kaum berechenbare praktische Vorgehensweise in der bisher eingeschlagenen Entschuldungspolitik erregt das Misstrauen von Wirt-

schaft und Öffentlichkeit. Wie die Neue Zürcher Zeitung vom 27. August 2011 über die von den Regierungen angestrebte „freiwillige Beteiligung“ von Banken und Versicherungen an einer Umschuldung Griechenlands berichtete, wurde von der griechischen Regierung vorgeschlagen, dass ein solches Vorgehen nur stattfinden solle, wenn 90% des Volumens der zwischen 2014 und 2020 fälligen Staatsanleihen von dieser Restrukturierung abgedeckt werden; zuvor war nur von einem *Streben* nach einer solchen 90% Beteiligung die Rede gewesen: die neue griechische Position kommt damit einer Drohung an die Finanzwirtschaft gleich, denn die Umschuldung ist die Bedingung für die Auszahlung des zweiten, für Griechenland entscheidenden Hilfspakets von EU und IWF; und ohne dessen Gewährung gingen alle Ansprüche der Gläubiger verloren.

Solche strategischen Winkelzüge und Improvisationen zerrütten aber nicht nur Vertrauen, sondern bedrohen inzwischen selbst die bestehenden demokratisch-parlamentarischen Rechte und Einflussmöglichkeiten von Parlamenten und Bürgern. Wie das Handelsblatt unter Berufung auf vertrauliche Informanten schon am 24. August vorab berichtete, schlägt ausgerechnet der deutsche Finanzminister Schäuble vor, den Bundestagsabgeordneten ein ständiges Mitspracherecht über den EFSF, wie auch über den zukünftigen, dauerhaft einzurichtenden „Europäischen Stabilisierungsmechanismus“ (ESM) zu entziehen. Darüber hinaus soll dieser Fond nach Schäubles Vorschlägen, die am 31. August vom Bundeskabinett gebilligt wurden, nicht nur Banken retten, sondern angeschlagenen Euro-Ländern Vorsorgekredite einräumen und sogar direkt deren Staatsanleihen kaufen dürfen – ohne über solche Schritte jeweils den Bundestag konsultieren zu müssen.

Doch der Widerstand gegen solche Pläne wächst. Der Finanzexperte der CDU/CSU im Bundestag Manfred Kolbe bezeichnete gegenüber der Leipziger Volkszeitung die geplanten EZB-Aufkäufe von Staatsanleihen als die Einführung von Eurobonds durch die Hintertür: „Man kann nicht einerseits die Vergemeinschaftung von Schul-

den ablehnen, wie die Bundesregierung es sagt, und gleichzeitig diese EZB-Aufkäufe weiter tolerieren und in den Rettungsschirm aufnehmen", sagte Kolbe.

Dass es in dieser Lage längst nicht mehr nur um eine wie auch immer geartete finanzielle Rettung angeschlagener Euro-Länder geht, belegen die ungewohnt offen-kritischen Worte, die Bundespräsident Wulf am 24. August anlässlich einer Tagung der Wirtschaftsnobelpreisträger in Lindau am Bodensee wählte: über viele Jahre hätten die Eurostaaten die Staatsausgaben ausufern lassen und die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einzelner Euro-Länder ignoriert, nun erschienen sie wie Getriebene der Finanzmärkte, deren Entscheidungen nur kurzfristig, nicht strategisch angelegt seien. Wulf zögerte nicht, die politische Brisanz dieses Vorgehens zu benennen: „Dies trifft unsere Demokratien in ihrem Kern“.

Inner- und außereuropäische Beobachter warnen angesichts dieser Entwicklungen schon seit geraumer Zeit vor drohenden Demokratieverlusten auf allen Seiten, gar vor einem „Staatsstreich der Euro-Eliten“ (so z.B. Oliver Marc Hartwich im *Business Spectator*, Australien vom 25.8.2011): bei den Geberländern, die über ihre Garantien zukünftiger Hilfskredite nicht mehr frei entscheiden könnten, wie bei den Empfängerstaaten, deren Haushaltspolitik in Zukunft von Brüssel diktiert würde. Denn nichts anderes bedeutet z.B. der Vorschlag, dass in Zukunft die europäische Kommission das Recht erhalten soll, vor der Entscheidung der nationalen Parlamente die Haushalte der Mitgliedsstaaten zu „prüfen“ – was letztlich auf eine wirkungsvolle Vorentscheidung zur Haushaltsaufstellung hinauslaufen würde.

Dies monierte schon im April 2011 der Philosoph Jürgen Habermas in einer Rede mit dem bezeichnenden Titel „Europe and the re-discovery of the German nation-state“ vor dem European Council on Foreign Relations. Er warf den europäischen Eliten in Brüssel, in den Parteien wie in den Medien vor, der Öffentlichkeit systematisch eine offene Debatte über die europäische Zukunft zu verweigern. So hätten diese Grup-

pen die Bewältigung der Euro-Krise allein als ein „hochspezialisiertes Wirtschaftsthema“ behandelt, aber in der Berichterstattung dem Publikum keinen Verstehens-Kontext angeboten.

Vorerst stellt sich die Lage unentschieden dar: einerseits werden durch die jüngsten Beschlüsse große finanzielle Risiken auf die Hilfe leistenden Länder verlagert, und damit der Weg zu einer Vergemeinschaftung von Schulden eingeschlagen. Andererseits fehlen den finanzstarken Geberstaaten und der Union wirksame Instrumente zur Beeinflussung der Finanzpolitiken der Nehmerländer. Unter diesen Umständen mag sich die unverzügliche Ausbildung von entsprechenden Instrumenten und Institutionen nur allzu leicht als der logische, konsequente Lösungsweg darstellen: die Vision der entschiedenen Euro-Befürworter von 1999 würde damit aufgehen – die durch den Euro neu geschaffenen finanzpolitischen Tatsachen erzwingen die weitere politische Integration der Union.

Jürgen Habermas skizzierte in seiner Berliner Rede denn auch die möglichen Wege und ihre Voraussetzungen zur Entwicklung einer solchen engeren Union. In diesem Zusammenhang kritisierte er die Euro-Eliten scharf: die bisher von der Politik vorgegebenen Handlungsmuster seien für eine solche Aufgabe nicht geeignet. So würde die „Europaskeptikerin“ Angela Merkel durch die aktuellen Zwänge zwar widerstrebend in Richtung einer weiteren Integration gedrängt („europäische Wirtschaftsregierung“). Doch suche die Kanzlerin durch die Beschreitung „informeller Wege“ in Richtung einer „offenen Koordination“ – unter enger Abstimmung mit Frankreich - eine eigentliche Institutionalisierung der europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik zu umgehen. Eine solche Strategie bliebe aber im Kern undemokratisch und riskiere zwischen den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten Ressentiments zu schüren.

Nur aus und über die Zivilgesellschaft könnten die Impulse und die Legitimität einer solchen weiteren europäischen Integration gewonnen werden. Deshalb sei der Blick „nach oben“, auf die politischen Eliten und die Medien wohl die falsche Richtung, so Habermas. Die euro-

päischen Bürger aber könnten die Einführung neuer wirtschaftspolitischer Steuerungsinstrumente nur über das von ihnen gewählte, nach Parteien, nicht nach Nationen zusammengesetzte Parlament als ein gemeinsames Anliegen wahrnehmen. Deshalb müssten die bisherigen, auf das Zusammenspiel der europäischen Regierungen abgestimmten Entscheidungsabläufe der EU überwunden werden.

So einleuchtend diese Ausführungen von Habermas zur Überwindung des derzeitigen Dilemmas auch sein mögen - der derzeitige Ablauf, vor allem aber die nach wie vor in den Medien stark gebremste Grundsatzdebatte über die unterschiedlichen Motivlagen im Zusammenhang der Eurorettung werfen starken Zweifel über die praktischen Chancen einer solchen Debatte „von unten“ auf.

So fällt es aus drei Gründen schwer, solche Impulse im Sinne von Habermas aus der europäischen Bürgerschaft zu erwarten:

Erstens: die europäischen Bevölkerungen sind über die jüngeren Entwicklungen der EU sehr enttäuscht worden, wozu vor allem das wiederholte Brechen von Versprechungen und sogar Verträgen seitens der europäischen Entscheidungsträger zählt. Die Strategien der Eurorettung haben z.B. den Maastricht-Vertrag endgültig zur Makulatur werden lassen: durch das Aufgeben der Grundsätze von „no-bailout“-Klausel (keine Schuldengemeinschaft), den Kriterien der Haushaltsdisziplin, und speziell des den Deutschen gemachten Versprechens, dass es eben keine gesamteuropäisch dirigierte Wirtschafts- und Haushaltspolitik geben würde. Zudem hat die Art der Durchführung der europäischen Referenden über die Einführung einer EU-Verfassung im gesamten EU-Raum zu einer allgemeinen Ernüchterung geführt. Wie nach den Erfahrungen solcher Vertrauensbrüche neue europafreundliche Initiativen auf breiter Basis mobilisiert werden können scheint fraglich.

Zweitens: Auch ohne diese jüngeren Enttäuschungen der europäischen Bürger über ihre wahren Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in der EU belegen die Wahlen zum europäischen Parlament, also der Institution auf die Habermas seine Hoffnungen als Impulsgeber vornehmlich setzt, wie sehr die Europäer ihre Abstimmungen als „nationale Wahlen zweiter Klasse“ betrachten und behandeln. Nach Darlegung des Europa-Experten und Professors an der London School of Economics (LSE) Simon Hix hat sich diese Auffassung der Europa-Wahlen seitens der Bürger sich seit deren Einführung 1979 sogar verstärkt, und schon seit den frühen 1990er Jahre sei ein kontinuierlicher Rückgang der Unterstützung für eine weitere europäische Integration festzustellen; ein Trend, der unter den jüngeren Generationen sogar besonders ausgeprägt ist.

Drittens: Fraglich ist außerdem, wie die Euro-Eliten auf solche Initiativen aus der europäischen Zivilgesellschaft reagieren würden und diese umzusetzen bereit wären. Denn ein solcher demokratisierender Weg zu einer Lösung der EU-Krise würde eine grundlegende Abkehr von den bisher üblichen Vermittlungs- und Entscheidungsmechanismen bedeuten. Die bisherige europäische Integrationspolitik war von kleinen und kleinsten Schritten geprägt, über und gegen die wegen ihrer scheinbaren Marginalität kaum eine breitere Diskussion oder gar Widerstand zu mobilisieren war, bis die Akkumulation der zahlreichen Einzelentscheidungen ein grundsätzliches Infragestellen der erreichten Entwicklungsdynamik wegen der drohenden Kosten und Risiken unmöglich erscheinen ließ. Demokratisierte und offene Auseinandersetzungen über die Entwicklungsziele bedeuten für die professionellen Akteure auf der europäischen Bühne hingegen die Pflicht zu größerer Transparenz, Rechenschaftslegung – und Arbeit! Gerade der letzte Punkt käme kurzfristig besonders zu tragen, da eine solche Veränderung der EU-Institutionen und ihrer Arbeitsweisen die Lösung und Neuverhandlung zahlreicher EU-Verträge voraussetzen würde: der Widerstand aus dem „Apparat“ gegen solche Ansprüche dürfte erheblich sein!

Welche Lösung jetzt? Zwischen Status quo ante und Vereinigten Staaten von Europa

Das europäische Projekt ist unter den Vorzeichen der Finanz- und Währungskrise an einem Scheideweg angelangt. Vordergründig stellen sich die Alternativen scheinbar übersichtlich dar: entweder der Versuch einer Rückkehr zu einer jeweils national eigen verantworteten Finanzpolitik, die sich durch langfristige Struktur- und Haushaltsreformen der eigenen Schuldenlast zu entledigen sucht und dabei die Finanzmärkte als disziplinierende Instanzen der eigenen Fiskalpolitik akzeptiert; oder die konsequente Weiterentwicklung der Europäischen Union inklusive einer Wirtschaftsregierung und von Transfermechanismen, wie sie ähnlich z.B. in Deutschland der Länderfinanzausgleich darstellt.

In den vergangenen Tagen ist von der deutschen Ministerin für Arbeit und Soziales Ursula von der Leyen unter dem Titel „Vereinigte Staaten von Europa“ plakativ ein anscheinend konsequent integrativer Lösungsvorschlag der EU-Krise in die Diskussion geworfen worden. Doch mit welchen Problemen wäre ein solcher Weg behaftet?

Zunächst wäre festzuhalten, das unabhängig von der Entscheidung für diese oder eine andere Entwicklungsalternative die Frage nach dem Verbleib einzelner Länder im Euro-Raum bestehen bliebe, was vorranglich Griechenland betrifft. Bei gleich welcher Entscheidung sind damit hohe Kosten für die Euro-Gemeinschaft verbunden. Deutlich wird an diesem Problem einer Neuaufstellung der Euro-Gemeinschaft aber auch, auf welche Interessenunterschiede eine neue politische Ausgestaltung der Europäischen Union grundsätzlich treffen würde. Der Begriff der „Vereinigte Staaten“ wirft unter diesen Voraussetzungen mehr Fragen auf als er an aktuellen Problemlösungen bieten kann.

Das Problem Griechenlands – und anderer Euro-Länder - besteht nämlich nicht einfach in seiner mas-

siven Überschuldung. Eine wesentliche Ursache dieser Malaise liegt vielmehr in seiner mangelnden Wettbewerbsfähigkeit begründet, einem strukturellen Problem, dem auch mit stark verbesserter Haushaltsdisziplin nicht kurzfristig beizukommen ist. Überhaupt herrschen hinsichtlich Bildung und Ausbildung, Produktionsweisen, der Wirtschaftsstruktur wie den infrastrukturellen Voraussetzungen, und damit der Wettbewerbsfähigkeit, zwischen Ländern wie Frankreich, Griechenland, Deutschland und Portugal gravierende Unterschiede, die sich selbst unter den Bedingungen der Währungsunion kaum oder gar nicht angenähert haben. Unter diesen Umständen muss der Rahmen von Zins- und Wechselkursraten im Euroraum je nach seiner finanzpolitischen Zielausrichtung immer einige gegenüber anderen Wirtschaftweisen begünstigen. Dieses Dilemma spiegelt sich auch in den international vorgeschlagenen Lösungen dieser Krise, denn die unterschiedlichen Euro-Länder werden von ganz unterschiedlichen Sorgen geplagt: Frankreich will z.B. den Austritt Griechenlands aus dem Euro unbedingt verhindern, denn dies würde zu einer erheblichen Bankenkrise, ja zum Zusammenbruch vieler französischer Banken führen. Deutschland und Frankreich gemeinsam fürchten die Einrichtung einer Transferunion, Frankreich würde dadurch *sofort*, Deutschland vermutlich langfristig seine Kreditwürdigkeit auf den internationalen Kapitalmärkten kompromittieren. Italien und Spanien wiederum begrüßten die Idee der Einführung von Eurobonds, um so geringere Zinslasten für ihre Staatsschulden aufnehmen zu müssen, während gerade jüngere (und solventere) EU-Mitglieder wie Finnland und Slowenien einen Staatsbankrott Griechenlands (und dessen Aussteigen aus dem Euro-Verbund) offenbar bevorzugen würden. Woher bei dieser Konstellation die Energie und der Impuls für einen breiten europäischen Konsens zur Vertiefung der europäischen Staatenunion zu „Vereinigten europäischen Staaten“ kommen können ist völlig offen.